

LESERBRIEFE

Zum Bericht „Grüngut erhitzt die Gemüter“ in der Nordhannoverschen Zeitung vom 3. Februar:

Wer denkt an die vielen Berufstätigen?

Auch mein Gemüt ist über die geplante sonnabendliche Schließung der Grüngutannahmestelle erhitzt. Vor einigen Tagen habe ich den Artikel über die Neugestaltung des Marktplatzes mit etwa 700 000 Euro Kosten gelesen. In der ersten öffentlichen Ankündigung über die Sanierung war die Rede von circa 500 000 Euro. Jetzt reden wir über Einsparungen von 6500 Euro beim Betriebshof.

Wer denkt dabei an die vielen Berufstätigen, die nur am Wochenende Zeit für die Entsorgung ihres Grüngutes haben? Warum lassen wir Bürger uns von der Verwaltung Langenhagen alles gefallen? Sämtliche Mitarbeiter der Verwaltung sollten sich endlich verinnerlichen, dass das Steuergeld der Bürger ihren krisensicheren, unkündbaren Job sichert. Die Verwaltung ist ein reiner Dienstleister und hat dem Bürger notfalls Tag und Nacht zur Verfügung zu stehen.

Ich verstehe auch die Ratspolitiker nicht. Dauernd müssen wir uns ihre Ausführungen über

Bürgernähe, Bürgerfreundlichkeit und Politikverdrossenheit anhören. Warum schlägt nicht mal einer dieser Damen und Herren auf den Tisch und weist die Verwaltung in ihre Schranken? Ich erwarte, dass der Beschluss über die sonnabendliche Schließung der Grüngutsammelstelle rückgängig gemacht wird.

Kurt Heine, Langenhagen

Nachbargemeinde als Vorbild nehmen

Eine Blume kann sich die Langenhagener Verwaltung mit dem Beschluss, dass am Sonnabend kein Rasenschnitt mehr auf dem Betriebshof angenommen wird, nicht in das Haar stecken. Die zuständigen Damen und Herren, an der Spitze der Bürgermeister, sollten sich die Nachbarstadt Burgwedel als Vorbild nehmen und ihr nacheifern. Dort wird, wenn auch nicht im vollen Maße, Bürgerfreundlichkeit praktiziert.

Der Burgwedeler Bauhof bietet vom 1. April bis zum 30. November jedem die Gelegenheit, sonnabends Rasenabfall abzugeben. Die Verwaltung der Flughafenstadt, größte und reichste Kommune nördlich von Hannover, sperrt sich und blockt jede Diskussion, die eine Lösung erbringen könnte, ab. Somit wird

wieder einmal an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigewerkelt.

Bei uns verweisen die zuständigen Gremien immer wieder auf die Einsparungen von 6500 Euro pro Jahr. Ein Kind in der dritten Klasse kann ohne Weiteres im Kopf ausrechnen: Teilt man diese Summe durch zwölf, multipliziert den errechneten Betrag mit den geöffneten Monaten, das wird das Resultat den Langenhagener Haushaltsplan – da bin ich mir ganz sicher – nicht zum Kippen bringen.

Nicht nachvollziehbar ist die Argumentation, dass Gartenbeziehungsweise Grundstücksbesitzer die Kosten der Entsorgung ihres Rasenschnittes der Allgemeinheit aufbürden. Nachweislich steigen die Grundgebühren der Stadt jährlich kräftig und stetig. Da darf, nein muss sich dieser betroffene Personenkreis auch einmal zu Wort melden. Der Wink mit dem Wertstoffhof ist ein alter Hut. Schon seit Jahren basteln und feilschen die Verwaltungsoberen in Langenhagen und der Abfallentsorger aha um das Objekt herum.

Reinhard Bärtling, Hainhaus

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.